

Positionspapier zur LINKEN Agrarpolitik

in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages¹,

Das kapitalistische neoliberale Agrarmodell droht weltweit die Existenzgrundlage und Einkommensmöglichkeiten der Menschen zu zerstören. Große Konzerne eignen sich Grund und Boden an („Landgrabbing“) und wollen Kontrolle über die wichtigsten Produktionsmittel wie Saatgut, Dünger und selbst Wasser. Der Vormarsch industriell organisierter Agrarbetriebe verdrängt eine regional angebundene vielfältige Landwirtschaft. Vielerorts führt das zu Armut, Landflucht und Aufgabe von Ernährungssouveränität.

Notwendig ist ein nachhaltiges Agrarmodell, das Menschen und Umwelt respektiert. Notwendig ist eine Agrarwirtschaft, die nicht zum Klimawandel beiträgt, sondern die ihr möglichen Kohlenstoffsenken nutzt. Ziel ist eine umweltgerechte Landwirtschaft mit bodengebundener Tierhaltung. Bäuerinnen und Bauern müssen von ihren Einkommen leben können. Die Rechte am Boden stehen denen zu, die ihn bearbeiten. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen mehr Einfluss auf die Erzeugung der Lebensmittel bekommen .

Für diese Ziele muss sich die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union weitergehend als bislang ändern. Vereinbarungen der Welthandelsorganisation WTO müssen nachverhandelt werden.

Doch Forderungen auf der internationalen Ebene allein führen nicht weiter. Mit einer neuen Agrarpolitik kann konkret in Deutschland begonnen werden. In der nächsten Wahlperiode möchte DIE LINKE dazu Einiges auf den Weg bringen:

Die ländlichen Räume zukunftsfähig machen. Natur und Tiere schützen.

Abseits der Zentren ist Deutschland agrarwirtschaftlich und durch vielfältige Landschaften geprägt. Ländliche Räume versorgen mit Nahrung und Rohstoffen. Sie sind Gewerbe-, Wohn- und Erholungs-räume. Dabei hat die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln eine existenzielle gesellschaftliche Bedeutung, die nur in enger Verflechtung mit lebendigen Dörfern und kleinen Städten erfüllt werden kann. Mit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise werden unsere Lebensgrundlagen Luft, Wasser, Boden und biologische Vielfalt reproduziert.

Viele ländliche Regionen sind strukturell benachteiligt und stecken in einer Krise. Schwache wirtschaftliche Grundlagen, fehlende Aktivitäten und Alternativen führen zu Arbeitslosigkeit, dramatischem Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Besonders junge Leute wandern auf der Suche nach Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven in andere Regionen ab. Der demografische Wandel verschärft die finanzielle Lage der Kommunen. Vom Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse wird Abschied genommen und die Förderung zunehmend auf Wachstumszentren konzentriert. Einzelne Dörfer und ganze Regionen werden einfach abgehängt. DIE LINKE will

¹ Die Aussagen in diesem Positionspapier basieren auf dem am 16. Juni 2013 in Dresden beschlossenen Bundestagswahlprogramm „100% sozial“ und ergänzen die darin getroffenen agrarpolitischen Entscheidungen. Dieses Papier wurde von den agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der LINKEN im Bundestag und in den Landtagen im August 2013 vorgelegt.

gleichwertige Lebensbedingungen auch in den ländlichen Räumen sichern. DIE LINKE will nachhaltige ländliche Entwicklung voranbringen.

Eigentum in vielen Händen

Die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden bilden die Grundlage für ländliche Entwicklung. Wir wollen die breite soziale Streuung des Grundeigentums in Deutschland erhalten, das private Kleineigentum, das genossenschaftliche und das öffentliche Eigentum vor Ausverkauf schützen. DIE LINKE will das durch den Abbau des gesetzgeberischen Reformstaus im Boden-, Genossenschafts-, Landwirtschafts- und Steuerrecht erreichen, in dem z.B. Grundstücksverkehrsgesetz und Reichssiedlungsgesetz modernisiert und verschärft und Genossenschaften im Landwirtschafts- und Steuerrecht besser gestellt werden als bisher (z.B. Körperschaftssteuer). Nachteile der Genossenschaften gegenüber anderen Gesellschaftsformen müssen verringert werden.

Starke Agrarbetriebe

Wir wollen eine flächendeckende nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung. Auch Gartenbau und Fischereiwirtschaft müssen nachhaltig sein. Betriebe sollen in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie den Anforderungen des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes gerecht werden zu können. Wir wollen das bäuerliche Eigentum schützen und die überbetriebliche Zusammenarbeit fördern. Um den Betrieben die Möglichkeit zu geben, sich in guten Zeiten auf schlechte Zeiten vorzubereiten, fordern wir eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage.

Agrargenossenschaften stärken

Wir wollen Hemmnisse beseitigen, die einer noch erfolgreicherer Entwicklung der Agrargenossenschaften entgegenstehen, wie z.B. die mangelnde Vermittlung des Genossenschaftsprinzips in der Berufsausbildung oder die ungünstigeren Finanzierungsmöglichkeiten für Genossenschaften. Zumal diese Rechtsform den Vorrang der Menschen vor dem Kapital präferiert und namentlich die Genossenschaften in den neuen Bundesländern einen beträchtlichen Teil der Fläche bewirtschaften, Wertschöpfung, Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern.

Regional statt Export

In einer hohen Eigenversorgung sehen wir unseren solidarischen Beitrag zur Lösung des Welt-ernährungsproblems. Deshalb setzen wir uns besonders für eine Eiweißstrategie zur kurz- und mittelfristigen Verminderung und langfristigen Ablösung von Sojaimporten ein. Wir lehnen die Exportorientierung der EU-Agrarwirtschaft ab und wollen sie sozial-ökologisch auf regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ausrichten. Die Förderung der Regionalvermarktung sollte verbessert werden. Regionale Energiekreisläufe und Bio-Energiedörfer wollen wir stärken, regionale Märkte für Nahrungs- und Futtermittel fördern.

Energiewende

Unter der Priorität Lebens- und Futtermittelproduktion soll die Agrarwirtschaft einen regionalen Beitrag zur Energiewende leisten. Energiepflanzenanbau muss nachhaltig erfolgen, in die betriebliche

Lebensmittelproduktion eingepasst werden und zur biologischen Vielfalt auf und neben dem Acker beitragen. Reines Pflanzenöl soll den fossilen Agrardiesel für Land- und Forstmaschinen ablösen.

Zielgerichtete Förderung

DIE LINKE tritt dafür ein, dass umweltgerechte Landwirtschaft, Ökolandbau, Fischerei und Aquakultur, Gartenbau und Forstwirtschaft nach sozial-ökologischen Kriterien und durch Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert werden. Ziel ist ein Wachstum der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf zwanzig Prozent bis 2020. Die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel der EU (GAP), des Bundes und der Länder (GAK) und des jeweiligen Landes sollen zielgerichteter für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben werden. Besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen und benachteiligten Gebieten wie etwa Gebirgslagen wollen wir die Mittel aus den Strukturfonds unter Federführung der ELER-Verwaltung in Regionalbudgets zusammenführen. Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Regionen, der Erzeugerinnen und Erzeuger sowie aller Aktiven vor Ort sollen durch Bündelung der Instrumente und Weiterentwicklung der LEADER-Prinzipien und -Programme unterstützt werden.

Gut für Natur und Umwelt

Wichtig sind uns die Erhaltung der biologischen Vielfalt in der Natur sowie die Arten-, Rassen- und Sortenvielfalt in der Agrarwirtschaft. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pestiziden soll verringert werden. Von besonderer Aktualität ist die Verminderung des Eintrages von Nitrat in die Gewässer. Daher denken wir über die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe nach. Wir wollen eine bienenfreundliche Landnutzung. Bienen und andere Insekten wollen wir vor Pestiziden und Gentech-Pflanzen schützen.

Naturnahe Waldwirtschaft

DIE LINKE setzt sich für eine naturnahe Waldwirtschaft in Bund, Ländern und Gemeinden ein. Deshalb wollen wir auf Ebene des Bundes dafür sorgen, dass die Bundesforsten auf Grundlage des FSC (Forest Stewardship Council) ökologisch bewirtschaftet werden. Im Bundeswaldgesetz müssen sozial-ökologische Mindestkriterien der ordnungsgemäßen Forstbewirtschaftung festgeschrieben werden. DIE LINKE steht zum in der Biodiversitätsstrategie festgelegten Ziel, bis zum Jahr 2020 5 Prozent der Wälder aus der Nutzung zu nehmen. Das Ziel der Strategie, zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der Nutzung zu nehmen, soll zügig umgesetzt werden. Die Einbringung fremder Arten in Waldschutzgebieten muss unterbunden werden. Das Jagdrecht und die Jagdzeiten sind so zu ändern, dass eine naturnahe Waldbewirtschaftung mit angepassten Wilddichten überall möglich ist. Bleihaltige Jagdmunition ist nach einer Übergangszeit von drei Jahren zu verbieten.

Gegen Gentechnik und Biopatente

Agro-Gentechnik, Biopatente und Biopiraterie wollen wir verbieten. Das Deutsche Patentrecht und die europäische Patentübereinkommen sind entsprechend zu ändern. Sofort müssen das Gentechnikgesetz, das EU-Zulassungsverfahren und die Kennzeichnungsvorschriften verschärft werden. Wir halten an der Nulltoleranz bei Saatgut und Lebensmitteln fest und unterstützen die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft. Wir wollen das Recht auf freien Nachbau von

Saatgut sichern und treten der Marktmacht von Saatgut- und Gentech-Konzernen entgegen. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Risikotechnologie müssen ermittelt und das Verursacherprinzip bereits bei präventiven Maßnahmen (z.B. Analysekosten oder getrennte Lagerung) durchgesetzt werden.

Tiere gesund halten und schützen

DIE LINKE fordert eine bodengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung. Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden. Quälerei in der Tierhaltung müssen unterbunden und Transporte lebender Tiere auf maximal vier Stunden begrenzt werden. Der Einsatz von Antibiotika ist auf das Nötigste zu reduzieren und nur in wirklichen Krankheitsfällen und nicht prophylaktisch zu verabreichen. Bei neuen oder unbekanntem Tierkrankheiten wollen wir einen Notfonds für betroffene Betriebe.

Zur Durchsetzung des Tierschutzrechtes sind die Behörden finanziell und personell besser auszustatten. Der konsequente Schutz wildlebender Tiere gebietet, deren Haltung und Dressur in Zirkussen, Delfinarien und Haushalten zu untersagen. Wir setzen uns für die vollständige Ablösung von Tierversuchen zur Erprobung von Arzneimitteln und Kosmetika ein. Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt-, Tierschutz- und Naturschutzverbände sollen umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

Fischerei unterstützen

DIE LINKE spricht sich für eine nachhaltige Fischerei und Aquakultur aus und möchte diese durch Förderung regionaler Vermarktungsmöglichkeiten unterstützen. Die regionale Fischwirtschaft hat gerade in den strukturschwachen Regionen ein bislang zu wenig genutztes regionales Wertschöpfungspotenzial. Die dazugehörige Teichwirtschaft ist eine erhaltenswerte Kulturlandschaft. DIE LINKE begrüßt die sozial-ökologische Reform der EU-Fischereipolitik. Grundschieppnetzerei in Meeresschutzgebieten wollen wir verbieten. Schutzgebiete müssen eingerichtet werden, um den Erhalt der Fischbestände zu sichern. Dies ist nicht nur ökologisch bedeutsam, sondern dient dem wirtschaftlichen Überleben der handwerklichen Fischerei. Die Förderung handwerklicher Fischerei dient der ökonomischen und sozialen Stärkung der Küstengebiete.

Kontrollen verbessern

Staatliche Qualitätskontrollen bei der Erzeugung, Verarbeitung und im Handel sollen ausgebaut werden, damit nur qualitativ hochwertige und gesundheitlich unbedenkliche Rohstoffe, Futter- und Nahrungsmittel in den Verkehr geraten.

Landwirtschaftliche Sozialversicherung reformieren

Reformieren wollen wir die landwirtschaftliche Sozialversicherung durch Überführung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung in die allgemeinen gesetzlichen Systeme und durch die Abschaffung der „Hofabgabeklausel“ in der landwirtschaftlichen Alterssicherung.

Agrarforschung stärken

Die Agrarforschung, insbesondere im öffentlichen Sektor, wollen wir deutlich stärken. Wichtig sind uns eine bessere Koordination von Agrarforschung und Lehre sowie deren verbesserte Anbindung an die Praxis. Um die Anteile des Ökolandbaus an der Landwirtschaft und dessen Attraktivität steigern zu können, müssen die Agrarwissenschaften gezielt unterstützt werden, um sich wesentlich intensiver als bisher des Ökolandbaus anzunehmen. Wenn 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet werden sollen, dann müssen auch 20% der Forschungsgelder für den Ökolandbau zur Verfügung stehen.

Spekulation mit Lebensmitteln und Böden verhindern

Die internationalen Finanzmärkte müssen reguliert und insbesondere Spekulationen mit Nahrungsmitteln unterbunden werden. Bodenprivatisierung ist zu stoppen und Landeigentum unter Berücksichtigung angemessener Freigrenzen in die Vermögensbesteuerung einzubeziehen. Der Erwerb von Ackerflächen durch nicht-landwirtschaftliches Kapital muss erschwert werden. Wir brauchen eine stärkere Gewichtung des Bodenschutzes in der Bauleitplanung und eine Vorbildrolle der Land- und Forstwirtschaft bei der Begrenzung des Flächenverbrauches für eigene Bauvorhaben als Beitrag zur bundesweiten Erreichung der 30-ha-Grenze für den täglichen Flächenverbrauch.

Global denken – lokal handeln

Nach dem Motto „global denken – lokal handeln“ sind all dies Schritte hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die

- regional statt global orientiert ist und damit einen Beitrag zur Ernährungssouveränität leistet,
- ökologisch ausgerichtet ist und dazu beiträgt, die Artenvielfalt zu erhalten und den Klimawandel aufzuhalten,
- sozial und ökonomisch stark ist und den Bäuerinnen und Bauern eine sichere Lebensgrundlage bietet.